

Rathaus-Seiten

Eine Beilage der SPD-Fraktion Wiesbaden · Juli/August 2014



www.spd-fraktion-wiesbaden.de



2 Fahrrad fahren:
Ein Konzept für
mehr Radwege.



3 Hilfe für Vereine:
SPD sorgt für
Unterstützung.



4 Bürger beteiligen:
Ein Modell für mehr
Mitsprache.

Mehr Wohnraum

Neue Wohnquartiere für die Stadt / Wohnungsbaugesellschaften legen los

„Der Wohnungsbau in Wiesbaden ist ein wichtiges Thema, dem ich mich als Bürgermeister und Sozialdezernent intensiv widme. Insbesondere der sozial geförderte Wohnungsbau, aber auch studentisches und behinderten- bzw. altersgerechtes Wohnen werde ich weiterhin im Blick behalten“, sagt Bürgermeister und Sozialdezernent Arno Goßmann. Wiesbaden ist eine Zuzug-Stadt: Nicht nur für Familien attraktiv, zusätzliche Bedarfe ergeben sich auch durch die amerikanischen Streitkräfte und zunehmend im Bereich des studentischen und altersgerechten Wohnens. Dem Bedarf von ca. 2000 Studierendenwohnplätzen begegnet die Stadt gemeinsam mit städtischen Gesellschaften und privaten Investoren, beispielweise mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) und Wohnen für Studis (WfS), um in laufenden und geplanten Projekten in den nächsten Jahren 500 bis 1000 neue Wohnplätze zu schaffen. Verbunden mit dem demographischen Wandel zeigt sich ein Bedarf an barrierefreien und altersgerechten Wohnungen in Wiesbaden.

Ein wichtiger Partner in diesem Bereich ist die GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH, die



So sollen die neuen Wohnhäuser in der Dantestraße einmal aussehen. Die SPD-Fraktion setzt sich gemeinsam mit Bürgermeister Arno Goßmann für Wohnungsbau und neue Wohnquartiere ein.

nicht nur in ihrem Bestand, sondern auch bei Neubauten barrierefreie Wohnungen herstellen. Um die Bauherren für die Thematik der barrierefreien Planung zu sensibilisieren, bietet das Amt für Soziale Arbeit die aktualisierte Broschüre „Barrierefreies Bauen in Wiesbaden - Informationen für Bauherren“ an und liefert damit wichtige Informationen. Für all diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund verschiedenster Faktoren

eine „Benachteiligung“ auf dem Wohnungsmarkt erfahren, muss an dem Ziel einer mindestens 15-prozentigen Wohnraumförderung bei Neubauprojekten mit mehr als 60 Wohneinheiten der Stadtverordnetenversammlung festgehalten werden.

Nach Auffassung von Experten fehlen auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt etwa 4000 Wohnungen, allein beim kommunalen Wohnungsservice sind ca. 3000 bezugsberechtigte Haushalte für geförderten Wohnungsbau wohnungssuchend registriert. Aus diesem Grund ist die Schaffung von preiswertem Wohnraum und die Aufstellung neuer Wohnquartiere, beispielsweise Hainweg (Nordenstadt), Auf den Eichen (Gräselberg) oder Bierstadt-Nord, um den vielfältigen Bedarfen zu begegnen, entscheidend.

Dazu meint Bürgermeister Arno Goßmann: „Auf zahlreiche gelungene Kooperationen kann ich bereits zurückblicken und zahlreiche interessante Projekte liegen noch vor uns. Ich führte und führe mit städ-

tischen Gesellschaften und privaten Investoren Gespräche um die Koalitionsziele effektiv umzusetzen. Erfreulich ist, dass ich mit den GWW-Geschäftsführern Xaver Braun und Stefan Storz im vergangenen Jahr eine Neubau-Offensive auf den Weg bringen konnte“. Dieser Paradigmenwechsel hat dazu geführt, dass die GWW bis 2021 knapp 200 Millionen Euro in ca. 1200 bis 1300 neue Wohnungseinheiten investiert. „Wohnungsbau ist und bleibt ein Hauptthema für mich und die Stadt“, teilt Goßmann mit. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWW und SEG und bewährten Kooperationspartnern wie etwa Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, der Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft Wiesbaden 1950 eG (GENO50) und der Gemeinnütziges Siedlungswerk GmbH ist man mit der SPD-Fraktion und dem sozialpolitischen Sprecher Simon Rottloff auf einem guten Weg.



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Sie kennen das: Radfahren in Wiesbaden ist kein Zuckerschlecken. Und damit meine ich weniger die vielen Steigungen in unserer schönen Stadt, als das schwierige, mitunter gefährliche Nebeneinander von Autos, Bussen, Radfahrern und Fußgängern.

Für uns steht außer Frage, dass wir mehr für die Förderung des Radverkehrs in unserer Stadt tun müssen. Das große Engagement vieler gesellschaftlicher Gruppen für dieses Thema verspüren wir dabei nicht als Druck, sondern vielmehr als unterstützenden Rückenwind. Natürlich kann es auch uns nicht schnell genug voran gehen. Trotzdem ziehen wir ein schlüssiges Radverkehrskonzept dem überhasteten Bau eines im Nichts endenden Radweges vor. Dieses Konzept erwarten wir noch in diesem Jahr - und für den Doppelhaushalt 2014/15 haben wir dann eigens 2,2 Millionen Euro für die Umsetzung neuer Maßnahmen reserviert.

Neue Maßnahmen - vor allem neue Wohnungen - stehen auch bei unseren städtischen Wohnungsbaugesellschaften ganz oben auf der Tagesordnung. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, insbesondere für Familien, Normalverdiener und ältere Menschen.

Im Namen der ganzen SPD-Fraktion wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben eine erholsame Sommerzeit und schöne Ferien!

Ihr Christoph Manjura
Fraktionsvorsitzender

Potenzielle Bauflächen in Wiesbaden

■ In Nordenstadt: etwa 650 Wohneinheiten am Hainweg.

■ Linde-Quartier in Kostheim: 750 Wohneinheiten.

■ In Delkenheim: etwa 110 Wohneinheiten.

■ An der Dantestraße: etwa 120 Wohneinheiten.

■ In Bierstadt: etwa 400 Wohneinheiten.

■ Am Gräselberg: etwa 200 Wohneinheiten.

■ In Erbenheim: etwa 300 bis 400 Wohneinheiten auf dem ehemaligen Dywidag-Gelände.

■ Der sozialpolitische Fachsprecher der Fraktion, Simon Rottloff, betont die Wichtigkeit des 15-Prozent-Ziels einer Wohnraumförderung bei Neubauprojekten mit mehr als 60 Wohneinheiten.

Engagieren lohnt sich – für eine menschlichere Stadt



Liebe Wiesbadenerinnen, liebe Wiesbadener,

Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentlicher Teil unseres Gemeinwesens. Ob Chor, Kerbegesellschaft, Freiwillige Feuerwehr oder Sportverein. Überall sind Menschen bereit, sich unentgeltlich zum Wohle anderer einzusetzen. Was wir seit jeher gewohnt sind, ist aber keine Selbstverständlichkeit. Ob Advents Café, Fastnacht oder Fußballturnier, häufig übersieht man die harte Arbeit, die im Hintergrund geleistet wird. Deshalb brauchen gerade die ehrenamtlich aktiven Menschen unserer Stadt unsere Unterstützung und Anerkennung. Ich habe daher im April Vertreter aller Ortsvereinsringe sowie die Ortsvorsteher eingeladen, um zu erfragen, wo bei der Organisation von Veranstaltungen in Wiesbaden der „Schuh drückt“. Denn der Einsatz für die Gesellschaft soll gefördert, nicht gebremst werden.

Wenn Menschen sich für das Gemeinwesen engagieren, dann ist das Bürgerbeteiligung im besten Wortsinne. Eine andere Form von Bürgerbeteiligung beginnt im Herbst: Mit einem großen, professionell vorbereiteten und moderierten Auftaktworkshop soll gemeinsam mit Ihnen ein Prozess beginnen. Am Ende dieses sehr offen gestalteten Prozesses soll dann ein Katalog mit Leitlinien zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stehen, der für alle wichtigen Projekte der Stadt gelten kann. Denn Bürgerbeteiligung ist mehr als die persönliche Betroffenheit. Sie zeigt, dass sich Menschen mit der Zukunft ihrer Stadt auseinander setzen. Daher mein Appell: Mischen Sie sich ein, machen Sie mit bei dem Leitlinien-Prozess. Denn ich bin fest davon überzeugt: Einmischen und engagieren lohnt sich – für eine menschliche Stadt.

Ihr Sven Gerich
Oberbürgermeister

Mehr Platz für Radfahrer

Dezernentin Sigrid Möricke will die Attraktivität der Stadt für Radfahrer steigern

■ Dass Wiesbaden aufgrund seiner vielen Steigungen keine Stadt zum Fahrrad fahren sei, bestimmte jahrzehntlang die Politik zur Förderung des Radverkehrs und kann heute getrost als Einschätzung von gestern gesehen werden – und das nicht erst seit Elektrofahräder es leichter machen Wiesbadens Hügel zu überwinden. Aktuell hat sich die SPD-Fraktion und Verkehrsdezernentin Sigrid Möricke auf die Fahnen geschrieben, die Bedingungen für Radfahrerinnen und Radfahrer in unserer Stadt zu verbessern. Über Fehler der Vergangenheit, fehlende Radwege und Zukunftsideen unterhalten sich Sigrid Möricke (Dezernentin für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr) und Jan Prediger (ADFC-Vorstandsmitglied und Fachberater Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung beim Staatlichen Schulamt Wiesbaden).

Jan Prediger: Sigrid, wir brauchen eine Verkehrswende in den Köpfen der Menschen und eine bessere Infrastruktur für die Radfahrer. Die Förderung des Radverkehrs ist nicht Spezialpolitik für eine exklusive Minderheit, sondern eine Politik, die die Lebensqualität fördern will. Denn: Wo Autoverkehr ersetzt werden kann, vermindern sich Lärm, Abgase und die Menschen erobern sich etwas von dem Raum zurück, den die vielen Autos im Stadtbild einnehmen. Bisweilen entfällt auch die nervenaufreibende Parkplatzsuche, gerade in der Innenstadt. Dass die Entscheidung, das Auto durch das Rad zu ersetzen, niemandem aufgezwungen werden kann, ist mir klar. Wichtig sind aber Angebote, die den Umstieg aufs Rad erleichtern und fördern.

Sigrid Möricke: Stimmt. Neben einer verbesserten Infrastruktur im Stadtgebiet muss Radverkehr als ökologisches, flächensparendes, gesundes und preiswertes Element der Mobilität in den Köpfen der Bürgerinnen und



Auf die Räder, fertig, los (v.l.n.r.): Ortsvorsteherin Christa Gabriel, Dezernentin Sigrid Möricke, Stadtrat Rainer Schuster und Bürgermeister Arno Goßmann (alle SPD) radeln in Kastel.

Bürger verankert werden. Dies bedeutet insbesondere auch gegenseitige Rücksichtnahme und Akzeptanz zwischen Autofahrern, Radfahrern und Fußgängern als gleichwertige Partner im Straßenverkehr. Ich kenne kaum noch Menschen, die ausschließlich mit einem Verkehrsmittel unterwegs sind, sondern Fußwege, Radstrecken, Bus- oder Autofahrten aneinander reihen und kombinieren, je nach Wochentag und Mobilitätsbedürfnissen.

Jan Prediger: Das kann ich bestätigen. Verkehrspolitische Maßnahmen sollten zukünftig aber vor allem Menschen fördern und unterstützen, die mit einem Mix aus öffentlichen Verkehrsmitteln und Carsharing unterwegs sind, die zu Fuß gehen und mit der Nutzung des Fahrrades auskommen. Das steigert im Endeffekt die Lebensqualität für alle in Wiesbaden.

Sigrid Möricke: Beim Radverkehr sind in unserer Stadt vor 2011 viele Weichenstellungen versäumt worden, finanziell und strukturell. Deswegen hat Wiesbaden beim Radverkehr in der Tat noch erhebliches Optimierungspotenzial. Und die Anzahl der Menschen, die aufs Rad wechseln, steigt von Jahr zu Jahr. Diese Entwicklung macht nicht vor den Stadtgrenzen

Wiesbadens halt. Wir müssen angemessene Bedingungen schaffen, damit sich Radfahrer sicher und flüssig in der Stadt bewegen können. Da haben wir Nachholbedarf.

Jan Prediger: Ja. Wir brauchen beispielsweise eine bessere Beschilderung und mehr Fahrradschutzstreifen, die aus Sicht des ADFC meist die optimale Radverkehrsanlage sind.

Sigrid Möricke: Ja, was für den Autoverkehr unumstritten ist – klare Verkehrsführungen und verständliche, einheitliche Wegweiser –, sollte auch für den Radverkehr selbstverständlich sein.

Jan Prediger: Eine wichtige Maßnahme ist aus unserer Sicht die Schaffung von Verbindungen – gerade in der Innenstadt – damit Radfahrer über nachgeordnete Straßen Brennpunkte des Verkehrs umfahren können. In der Innenstadt gehört auch die Sanierung und Asphaltierung zahlreicher bisher gepflasterter Straßen dazu.

Sigrid Möricke: Dort, wo historische Pflasterbeläge einem Quartier seine Identität geben, sehe ich eine Asphalttschicht nicht als Erfolgsrezept für den Radverkehr an. Aber durchgängige Verbindungen, am besten noch mit prägnanten Linienbezeichnungen, halte ich für wichtig. Der Hochschulring ist

dafür ein wirklich gutes Beispiel. **Jan Prediger:** Die Verkehrsplanung muss beachten, dass Wiesbaden sowohl für den Radverkehr in Nord-Süd-Richtung als auch in West-Ost-Richtung durchgängig wird.

Sigrid Möricke: Ja. Dafür hat die Stadt Wiesbaden jetzt erstmals einen Radverkehrsplan in Auftrag gegeben. Und in dem 2011 ins Leben gerufenen Radverkehrsforum haben wir auch schon einige Anregungen gesammelt.

Jan Prediger: Was wir aus unserer Sicht auch unbedingt brauchen, sind mehr Fahrradstraßen, die Öffnung von Einbahnstraßen, zusätzliche Abstellanlagen für Räder und ein Fahrradverleihsystem.

Sigrid Möricke: Da sind wir auf einem guten Weg. Anfang des Jahres wurde ein Abschnitt der Eleonorenstraße in Mainz-Kastel als erste Wiesbadener Fahrradstraße eingeweiht. Als zweiter Abschnitt soll diese Fahrradstraße möglichst bis zur Einmündung in die Rampenstraße verlängert werden. In der Innenstadt kann als nächstes mit der Fahrradstraße Bertramstraße/Goebensstraße gerechnet werden. Die Einbahnstraßen wurden in Wiesbaden schon vor 2011 für den Radfahrverkehr in Gegenrichtung geöffnet; jedoch haben sich zwei Ortsbeiräte daran nicht beteiligt. Ich hoffe, dass diese bald nachziehen. Im Doppelhaushalt 2014/15 habe ich dem Radverkehr eine höhere Priorität eingeräumt und 2,2 Millionen Euro für neue Maßnahmen reserviert. Darüber kann 2014/15 auch die Anschubfinanzierung für ein Fahrradverleihsystem und weitere Radstände erfolgen. Im Radverkehrsforum werden Maßnahmen erörtert, von denen ich gerne gute Vorschläge mit Unterstützung der Fraktionen und Ortsbeiräte umsetzen möchte.

Jan Prediger: Auf unsere Hilfe und Unterstützung kannst du zählen.

Maßnahmen und Sachstand im Radverkehr

■ Die Erstellung eines Radverkehrskonzepts durch ein Planungsbüro wurde beauftragt und wird bis Ende 2014 vorgelegt.

■ Mit den Maßnahmen Eleonorenstraße und Bertramstraße werden 2014 die ersten Fahrradstraßen auf den Weg gebracht.

■ Wegweisende Beschilderung: Das im Tiefbauamt erstellte Konzept ist im Februar 2014 beschlossen worden und soll mit Unterstützung des Landes umgesetzt werden.

■ Leihfahrradsystem: Das zwischen der AstA Hochschule RheinMain und der DB AG vereinbarte Leihfahrradsystem

wird von der Verwaltung durch das Angebot für fast 20 öffentliche Standorte unterstützt. Für die Einführung eines öffentlichen Leihfahrradsystems soll 2014 die Entscheidung zur Einführung 2015 fallen.

■ Radverkehrsforum: Das Forum wurde im Jahr 2011 eingerichtet und trifft sich regel-

mäßig, um Ideen und Anregungen zu sammeln.

■ Radverkehrsbeauftragter: Im Verkehrsdezernat wird nach Jahren der Vakanz 2014 von Dezernentin Sigrid Möricke eine Radverkehrsplanerin als Ansprechpartnerin für alle Belange des Radverkehrs eingestellt.

Unterstützung für Vereine

Die Stadtverordneten beschließen Antrag der SPD / Checkliste für Veranstaltungen

„In vielen Vereinen engagieren sich Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, dort haben sie ihre sozialen Kontakte und nehmen teil am gesellschaftlichen Leben, und sie organisieren in und mit den Vereinen mit einem unermüdlichen Einsatz eine Vielzahl von Veranstaltungen. Die Kerben in den östlichen Vororten, die Weihnachtsmärkte in den einzelnen Stadtteilen, das Erntedankfest auf dem warmen Damm, der AKK-Fastnachtsumzug, die Gibber Kerb und die Freudenberger Kerb und das Schiersteiner Hafenfest – alles Veranstaltungen, welche rein ehrenamtlich durch die



Hand in Hand mit den Vereinen: Die SPD will mit ihrem Antrag die Arbeit der Vereine unterstützen und das Ausrichten von Festen und Veranstaltungen erleichtern.

Vereine organisiert werden“, so der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Simon Rottloff. Ohne diese Aktivitäten der vielen Vereine, Gruppen, Initiativen und Verbände wäre das Leben in Wiesbaden ein großes Stück eintöniger, würde viel am Zusammenhalt in der Stadt fehlen, könnte Tradition und Brauchtum nicht in ansprechender Weise gepflegt werden. In den vergangenen Monaten kam es allerdings seitens der Wiesbadener Vereinswelt immer wieder zu Beschwerden bezüglich einer – aus Sicht der Vereine – zu restriktiven Genehmigungspraxis bei Veranstaltungen. Genannt wurden die zunehmenden Auflagen für Veranstaltungen im Freien, gleichzeitig aber auch

neue Reglementierungen bei Aktivitäten in geschlossenen Räumen. So seien inzwischen bei kleinen Veranstaltungen in Bürgerhäusern Bestuhlungspläne einzureichen, die von Architekten aufgestellt werden müssten. Beklagt werden insbesondere die hohen und teilweise nicht einheitlichen Gebühren für die Erteilung von entsprechenden Genehmigungen. „Es gibt viele Klagen, dass Vereine nicht mehr fähig und bereit sind solche Vereinsfeste zu organisieren“, berichten Mitglieder der Rathausfraktion. „Aber ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren“, so der Fraktionsvorsitzende Christoph Manjura. Die

Bedeutung der Vereine und deren Veranstaltungen sowie das vielfältige ehrenamtliche Engagement mit seinen weitreichenden positiven Auswirkungen für das gesellschaftliche Zusammenleben sei enorm. Deshalb hat die SPD-Fraktion das Thema mit ihrem Antrag in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juli aufgegriffen, um den Vereinen zu helfen und eine weitere Entlastung für sie zu erzielen. Die Stadtverordneten haben beschlossen: ■ Der Magistrat soll einen schriftlichen Bericht vorlegen, welche Genehmigungspraxis sich in den vergangenen Monaten und Jahren aufgrund von Landes- und

Bundesregelungen geändert hat, sofern es um Sicherheitsaspekte bei Veranstaltungen geht; ■ Der Magistrat soll eine Checkliste entwickeln, um den Vereinen in Genehmigungsverfahren und bei der Anmeldung von Veranstaltungen (etwa für Baugenehmigungen, Brandschutz und ähnlichem) Unterstützung zu leisten; ■ Der Magistrat soll durch einen Rundbrief in regelmäßigem Abstand die Vereine über etwaige Veränderungen von Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen informieren, um Irritationen bei der Genehmigungspraxis zu vermeiden. „Ich denke, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind“, sagt der Fraktionsvorsitzende Christoph Manjura.

Junge Menschen kommen in der Fraktion zu Wort



Von Erika Wagner und Alexander Hofmann

Allzu oft wird das kommunalpolitische Geschehen auf den Streit zwischen einzelnen Politikern reduziert. Dabei werden die Komplexität langwieriger Vorbereitungen von Entscheidungen, die vielfältigen Gespräche mit Interessengruppen und die Bedingungen, denen Mandatsträger ausgesetzt sind, schlichtweg übergangen und vergessen. Ein Blick hinter die Kulissen der politischen Tätigkeit bietet das seit mehreren Jahren geführte Hospitantenprogramm der SPD-Rathausfraktion in Zusammenarbeit mit den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (kurz: Jusos) aus Wiesbaden. Es geht nicht um das Schweigen, Nichtstun und bloße Hinnehmen, sondern es kommt auf das politische Mitdenken, Mitreden und Mitmachen an. Dabei ist eines klar: Die Fraktionsarbeit besteht nicht nur aus der Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, sondern beinhaltet zusätzlich die Teilnahme an den regelmäßigen Ausschusssitzungen und thematischen Arbeitskreisen sowie die Bereitschaft, Kenntnisse über die politischen Prozesse auf kommunaler Ebene zu vertiefen. Dass es dabei nicht immer einen gemeinsamen Konsens gibt, beweisen die zahlreichen und lebhaften Diskussionen innerhalb der Fraktion. Als neugewählte Hospitanten für das Geschäftsjahr 2014/15 legen wir unseren Schwerpunkt auf folgende Thematik: Politikverdrossenheit bekämpfen und politisches Engagement fördern. Demokratien leben von der Teilhabe aller Menschen, unabhängig von Herkunft und Jahrgang. Von Parteien, als von Politik im Allgemeinen enttäuscht, sind gerade junge Menschen mit ihrer authentischen und kritischen Stimme immer wieder gefordert. Das Hospitantenprogramm gibt uns die einmalige Gelegenheit über Entscheidungen, die unsere Stadt betreffen, mitzudiskutieren und die Meinung von jungen Menschen einzubringen. <http://www.wiesbadener-jusos.de>

Freie Fahrt

Aartalbahn wird reaktiviert

Das Stadtparlament hat auf Initiative der SPD-Fraktion am 17. Juli den Weg für eine Wiederaufnahme der Museumseisenbahnzüge über die Eiserne Hand frei gemacht. Nachdem 2009 ein Lkw an die Eisenbahnbrücke über die Flachstraße in Dotzheim geprallt war, wurde das Bauwerk (und damit fast die gesamte Aartalbahn) für den Eisenbahnverkehr gesperrt. Nach fünf Jahren Stillstand ist es der SPD-Rathausfraktion geglückt, ein Konzept für Hessens längstes technisches Denkmal zu entwickeln. Künftig soll nicht mehr ESWE Verkehr, sondern die Nassauische Touristik-Bahn (NTB) für den Unterhalt der Strecke verantwortlich sein. Um dies zu ermöglichen, werden künftig die für die Aartalbahn im städtischen Verbund reservierten Mittel

an eine von der NTB eigens zu diesem Zweck gegründete gemeinnützigen GmbH ausbezahlt. Zudem wurde ein einmaliger Investitionszuschuss von einer Million Euro beschlossen, aus dem unter anderem der Neubau der Brücke über die Flachstraße finanziert werden soll. Dazu die planungspolitische Sprecherin Vera Gretz-Roth: „Wir sind froh nach dieser langen Durststrecke einen Weg gefunden zu haben, der einen Betrieb der Strecke sicherstellt, die Eigenverantwortung der ehrenamtlichen Museumseisenbahner stärkt und die städtischen Ressourcen nicht mehr als vorher belastet.“ „Großen Dank sind wir den Aktiven der NTB schuldig“, so Dennis Volk-Borowski. „Es gehört schon viel Idealismus dazu, nach all den Jahren die Bemühungen nicht aufzugeben zu haben.“

Kleine Schritte

Erfolge im Kampf gegen US-Fluglärm

Die USAEUR, die US-Streitkräfte in Europa, haben 2012 mit dem Umzug des US-Hauptquartiers Europa nach Wiesbaden begonnen. Neben Liegenschaftsanforderungen, erhöhten Sicherheitsvorkehrungen und Verkehrsbelastungen sowie Wohnbebauungen ist es gerade der Flugbetrieb, der in einzelnen Ortsteilen für Aufregung und Ärger sorgt. Durch die Bemühungen von Oberbürgermeister Sven Gerich und Bürgermeister Arno Goßmann wurden erste Erfolge erzielt, um die Fluglärmbelastung zu verringern. Die US-Streitkräfte haben sich erstmals dazu bereit erklärt, Vertreter von BiLGUS (der Bürgerinitiative gegen Lärm und Gefahren durch US-Flugzeuge), den Umweltausschuss-Vorsitzenden und die Ortsvorsteher der betroffenen Stadtteile in die

Lärmschutzkommission einzubeziehen. Dem guten Dialog zwischen Stadt und US-Army ist es zu verdanken, dass einige Flüge auf entfernte Flugplätze verlegt werden und Triebwerktests am Standort – abgewandt der Wohnbebauung – ans westliche Ende des Flugplatzes verlegt werden. So soll die Lärmbelastung verringert werden. Die Vorgaben zum Flugbetrieb werden auf Bundesebene zwischem dem Ministerium der Verteidigung und der US-Regierung getroffen. Dem Mitbestimmungsrecht der Kommunen wird nach Ansicht der Fraktion nicht ausreichend Rechnung getragen. „Uns fehlen zwar die rechtlichen Instrumente, aber im konstruktiven – und kritischen – Dialog trägt die Stadt kontinuierlich ihre Sichtweise vor“, sagt die umweltpolitische Sprecherin Nadine Ruf.

Bürger beteiligen

Steuerungsgruppe nimmt im Juli die Arbeit auf / Planung und Vorbereitung

„Auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung in Wiesbaden haben wir einen weiteren wichtigen Schritt gemacht“, sagt Peter Schickel, Fachsprecher der SPD-Fraktion für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration. Im Juli wird zum ersten Mal eine Steuerungsgruppe tagen, die Leitlinien für verbindliche Bürgerbeteiligung erarbeiten soll. Sie ist zusammengesetzt aus jeweils sechs Vertretern aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Als Vertreter der Bürgerschaft wurden sechs verschiedene Organisationen ausgewählt, die jeweils selber einen Vertreter aus Ihren eigenen Reihen bestimmen sollen. So sitzen in der Steuerungsgruppe jeweils ein Repräsentant des Stadtjugendrings, des Ausländer- und Seniorenbeirats, der Handwerkskammer, des Sportkreises und des Freiwilligenzentrums. Die Vertreter im Bereich Politik setzen sich aus Stadtverordneten der Fraktionen von CDU (2), SPD (1), Bündnis 90/Die Grünen (1) und Linke und Piraten (1), sowie eines Ortsvorstehers zusammen. Die Vertreter der Verwaltung stammen aus verschiedenen Dezernaten. Die Aufgaben der Steuerungsgruppe liegen in der Planung und Vorbereitung des Beteiligungsprozesses, in dessen Rahmen die Leitlinien erarbeitet werden sollen. Hier ist besonders wichtig, dass Bürgerschaft, Politik und Verwaltung gleichberechtigt ein-



Die Wiesbadener sollen bei kommunalpolitischen Projekten frühzeitig einbezogen werden. Der Magistrat soll einen Weg zu einem Beteiligungsmodell skizzieren. Am Ende dieses Weges sollen Leitlinien für die Beteiligung der Wiesbadener stehen.

bezogen werden, der Prozess also dialogisch gestaltet wird. Konkret bedeutet dies, dass die Steuerungsgruppe zum einen den Zeitplan/Fahrplan, aber auch ein Verfahren zur Ausarbeitung der Leitlinien erstellt. Dabei gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten, bei denen sich unter anderem die Form des Erarbeitungsprozesses und die Auswahl der Vertreter aus der Bürgerschaft unterscheiden. In Heidelberg wurde beispielsweise zur Erarbeitung der Leitlinien ein Arbeitskreis eingerichtet, bestehend aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Ähnlich

wie für Wiesbaden vorgestellt, wurden bestimmte Gruppen aus der Zivilgesellschaft als Vertreter für die Bürgerschaft ausgewählt, die dann eigenständig jeweils eine Person benannt haben. Ein ähnliches Verfahren hat die Stadt Bonn gewählt, welches sich vor allem in der Auswahl der Bürgervertreter unterscheidet. Hier wurde aus einer Gesamtheit der Bonner Bürger eine Zufallsstichprobe gezogen, bei der das Interesse an einer Mitarbeit abgefragt wurde. Einen ganz anderen Weg hat die Stadt Wolfsburg eingeschlagen. Hier werden

bereits im Erarbeitungsprozess der Leitlinien verschiedene Beteiligungsverfahren angewandt. Ein weiteres wichtiges Thema ist - auch später bei der Durchführung von möglichen Beteiligungsverfahren - die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Es ist wichtig, dass der Erarbeitungsprozess einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und auch die Ergebnisse in den einzelnen Erarbeitungsstufen den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern verständlich vorgestellt werden.

Stabiler Haushalt

Minister genehmigt

„Trotz des kostenintensiven Ausbaus der Kinderbetreuung und des Wohnungsbaus ist der städtische Haushalt für die Jahre 2014 und 2015 vom hessischen Innenminister genehmigt worden - und zwar so früh wie selten zuvor“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Manjura erfreut. Alle Dezernate mussten sich an enge Vorgaben halten. Dafür habe die Stadt die frühe Genehmigung erhalten, lobt Manjura die Arbeit des Kämmerers Axel Imholz (SPD). Es sei richtig gewesen trotz des Zwangs zum Sparen in neue Krippenplätze, Schulkinderbetreuung und den Bau von Sozialwohnungen zu investieren. Mit der Zusetzung von vier Stellen erfährt die chronisch unterbesetzte Bezirkssozialarbeit eine Stärkung. Mit 630.000 Euro für das Gemeinwesen-Projekt im Schelmengraben wird der Bezirk nach Vorbild des Projekts „Soziale Stadt“ aufgewertet. Schwerpunkte im Doppelhaushalt 2014/2015 waren eine Million Euro für den Ausbau des Busverkehrs, zwei Millionen Euro für das Radwegeprogramm und mehr als eine Million Euro für die Neubauten des Bürgerhauses Medenbach und des Hauses der Vereine in Dotzheim. Verantwortung bei knappen Kassen heißt Prioritäten setzen. „Vor dem finanziellen Hintergrund der Stadt geht es um Schwerpunktsetzung“, so der finanzpolitische Sprecher Dieter Horschler.

Christoph Manjura wiedergewählt

SPD-Fraktion bestätigt Vorstand im Amt / „Wir gehen die anstehende Aufgaben an“

Die SPD-Rathausfraktion hat Christoph Manjura wieder zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Manjura betonte bei seiner Wiederwahl, dass die Fraktion auch neben einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister weiterhin ihre eigenständige politische Rolle wahrnehmen werde. „Wir werden voller Energie die noch anstehenden Aufgaben der Wahlperiode, beispielsweise die Entwicklung neuer Wohngebiete und die Verbesserung des Radverkehrs, angehen“, blickt Manjura auf das kommende Jahr voraus. Christoph Manjura

gehört der Fraktion seit dem Jahr 2007 an. Seit 2011 war der in Biebrich aufgewachsene Sozialpolitiker bereits stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Christoph Manjura, der seinem Heimatstadtteil noch immer sehr verbunden ist, lebt heute im Rheingauviertel. Bei den Wahlen wurde Vera Gretz-Roth (67) erneut in ihrem Amt als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bestätigt. Sie ist planungspolitische Sprecherin und seit 2006 Stadtverordnete. Dennis Volk-Borowski (36) wurde ebenfalls wieder zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Parlamentarische Geschäftsführerin bleibt Nadine Ruf (36). Komplettiert wird der Vorstand durch die Fachsprecher. Gewählt wurden:



Der alte und neue Fraktionsvorstand (von links): Vera Gretz-Roth, Dennis Volk-Borowski, Nadine Ruf und Christoph Manjura.

Dieter Horschler für Finanzen und Wirtschaft, Hendrik Schmehl für Schule und Kultur, Nadine Ruf für den Bereich Umwelt, Energie und Sauberkeit, Vera Gretz-Roth für Planung, Bau und Verkehr, Anita Hebenstreit für Frauenangelegenheiten, Michael David für Freizeit und Sport, Peter

Schickel für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration, Simon Rottloff für Soziales und Gesundheit, Urban Egert für Revision und Stephan Belz für den neuen Beteiligungsausschuss, der sich mit den städtischen Unternehmen beschäftigt.

Impressum

„Rathaus-Seiten“:
Zeitung der SPD-Fraktion im
Wiesbadener Rathaus.

Herausgeber:
SPD-Fraktion Wiesbaden,
Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden

Telefon: 06 11 / 31 33 37
Telefax: 06 11 / 31 59 20
E-Mail: spd.stadtverordnetenfraktion@wiesbaden.de
Internet: www.spd-wiesbaden.de

Verantwortlich: Christoph Manjura
(Fraktionsvorsitzender)

Redaktion:
Ralf Munser, Thomas Schreier,
Daniela Fuge, Sven Bingel

Bildmaterial: SPD-Fraktion,
©Fotolia.com

Gestaltung:
Stefan Dorzok, 2+ Design,
Wiesbaden

Satz:
Ralf Munser

Druck:
Druckerei Zeidler, Mainz-Kastel

Auflage: 43.000

Print kompensiert
Id.-Nr. 1439761
www.bvdm-online.de

Der direkte Draht zur
SPD-Fraktion:

0611/313337